

Wahlprogramm – Änderungsantrag

Berufliche Bildung in NRW

Der Entwurf für das grüne Landtagswahlprogramm 2010 wird seit einigen Wochen parteiintern in vielen Gremien intensiv diskutiert, Änderungsanträge werden vorbereitet. Zum Thema „Berufliche Bildung“ habe ich ebenfalls einen solchen Änderungsantrag formuliert und der Partei, aber auch Fachleuten vorgestellt. Damit die Lesbarkeit des Textes gegeben ist, habe ich meine Änderungsvorschläge in den Entwurf des Landesverbandes eingebunden. Rückmeldungen und natürlich auch weitere Unterstützermeldungen würden mich sehr freuen.

Norbert Vogelpohl

Änderungsentwurf:

3. Qualifizierte Ausbildung für Alle

Alle Jugendlichen brauchen eine Ausbildung. Der Übergang von der Schule in den Beruf erweist sich für viele jedoch als schwierig. Wir wollen die Übergangsangebote so ausgestalten, dass diese von den Jugendlichen, aber auch von der Gesellschaft, als sinnvoll und zielführend wahrgenommen werden. Weiter wollen wir die Berufsausbildung strukturell reformieren und quantitativ ausbauen

Recht auf Ausbildung

Gerade in der Krise haben Schulabgängerinnen und -abgänger große Probleme, den Einstieg in Ausbildung und Berufstätigkeit zu finden. Wir sehen die Gesellschaft insgesamt, die privaten und die öffentlichen Unternehmen in der Pflicht, den jungen Menschen echte Perspektiven zu eröffnen. Auch aus Sicht der Unternehmen ist es kurzsichtig, heute nicht in die Ausbildung der Fachkräfte der kommenden Jahre zu investieren.

Doch noch immer finden viel zu viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Landesweit kommen zwei Bewerberinnen oder Bewerber auf einen Platz. Das ist nicht hinnehmbar. Unser Ziel ist eindeutig: Wir wollen für alle eine anerkannte Berufsausbildung. Deshalb brauchen wir ein Recht auf Ausbildung.

Wer keine Ausbildung absolviert, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden und dies auch dauerhaft zu bleiben. Wir Grüne wollen die duale Ausbildung stärken. Dazu benötigen wir ein Gesamtkonzept von beruflicher Ausbildung, das die duale Ausbildung stärkt, ihre Defizite behebt und die Bildungswege untereinander durchlässig macht. Gerade für Altbewerberinnen und Altbewerber sind bessere Übergänge in die Ausbildung nötig. Sie brauchen gezielte Beratung, Angebote und Begleitung, damit sie ihre Potenziale entfalten, und nicht bei Misserfolgen resignieren.

Etwa 20 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse werden vorzeitig und somit ohne Berufsabschluss beendet. Das ist für die Jugendlichen frustrierend und für die Betriebe wirtschaftlich belastend. Insgesamt werden so Potentiale nicht sinnvoll genutzt. Wir wollen, gemeinsam mit der ausbildenden Wirtschaft, diese Abbruchquote halbieren.

Jugendliche, die größere Lernschwierigkeiten haben, sollen die Ausbildungszeit um bis zu zwei Jahren verlängern können. Dem ausbildenden Betrieb sollen die zusätzlich entstehenden Kosten ersetzt werden. Ausbildung begleitende Hilfen sollen dazu beitragen, dass der Berufsabschluss und der Berufsschulabschluss auch erreicht werden können.

Wir werden uns auch um die Schwierigkeiten kümmern, die für den Ausbildungsmarkt aus dem doppelten Abiturjahrgang 2011/2012 entstehen. Hier müssen die Partner im Ausbildungskonsens verbindliche Absprachen treffen.

Dem Gedanken der partnerschaftlichen Ausbildung durch Betrieb und Schule im Dualen System wollen wir durch Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Schulkonferenz der Berufskollegs weiteren Auftrieb verleihen.

Zweite Säule der Berufsbildung

Wir brauchen zudem weiterhin eine gleichermaßen anerkannte und hochwertige zweite Säule der Berufsbildung, die vom Staat verantwortet wird. Auch die berufsvorbereitenden Maßnahmen und Ausbildungen außerhalb des dualen Systems sollen von Schülerinnen und Schüler qualifizierendes Angebot erlebt werden. Deshalb wollen wir

- die Möglichkeiten des novellierten Berufsbildungsgesetzes ausschöpfen, damit alle Jugendliche ihre vollzeitschulischen Ausbildungen mit einer Kammerprüfung abschließen können.
- die Zusammenarbeit von Berufskollegs und Agentur für Arbeit klarer regeln.
- Ausbildungsverbünde von Kleinunternehmen ermöglichen.

Berufliche Bildung und allgemeine Bildung sind für uns Grüne gleichwertig. An den Berufskollegs sollen daher auch weiterhin alle schulischen Abschlüsse erworben werden können. Angesichts der zunehmenden Aufgaben und Herausforderungen an den Berufskollegs ist der Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an allen Schulen unabdingbar.

Die zusätzlichen Stellen wollen wir nicht auf die Lehrerstellen anrechnen. Die Berufskollegs spielen als Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung im Rahmen der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften eine besondere Rolle. Deshalb wollen wir die Berufskollegs regional nicht nur mit den Schulen der Sekundarstufe I sondern auch mit weiteren Akteuren der Bildung, Erziehung und Wirtschaft.

Wir wollen:

- § ein Recht auf Ausbildung verankern;
- § die Partnerschaft von Schule und Betrieb ausbauen;
- § den Übergang von der Schule in den Beruf neu gestalten;
- § die vom Staat verantwortete zweite Säule der beruflichen Bildung stärken.

Begründung

Ansätze zur Umlagefinanzierung der dualen Berufsausbildung unterstellen, dass Ausbildung eine finanzielle Belastung für die ausbildenden Betriebe darstellen. Diese Argumentation widerspricht zum einen Aussagen von Kammern oder Untersuchungen des BIBB die Nettoerlösen durch Ausbildung darstellen. Das Kostenargument wird faktisch durch die Vielzahl kleiner und mittelständischer Betriebe widerlegt, die kontinuierlich deutlich über Bedarf ausbilden. Andererseits wird den Jugendlichen durch diese Argumentation unterschwellig die Schuld an der unzureichenden Ausbildungsquote gegeben. („Ihr seid zu teuer!“ „Ihr seid nicht gut genug!“).

Verbesserungen im Übergang Schule – Beruf ermöglichen eine Reduzierung der Abbrecherquote bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung innerhalb der Ausbildung. Hier gibt es noch deutliche Potentiale, wie eine Studie der Uni Bremen belegt.

In den Übergangsangeboten sind oftmals „Fehlbesetzungen“ hinsichtlich der Vorqualifikation oder der beruflichen Ziele, festzustellen. In der Wirkung sind Motivationsdefizite und Ausweichverhalten zu beobachten. Den regionalen Akteuren muss daher ein größerer Freiraum bei der Gestaltung und Organisation der Angebote im Übergangssystem eingeräumt werden.

Die Zielstellung, Vorqualifikationen aus dem Übergangssystem auf die Duale Ausbildung anzuerkennen, ist bei Berücksichtigung der geringeren inhaltlichen Durchdringungstiefe im Übergangssystem und den enormen organisatorischen Problemen bei der Umsetzung kaum umsetzbar sein. Die Praxis der Qualifizierungsbausteine aus dem EQJ deutet bereits darauf hin. Zudem ist eine geringe Akzeptanz der Anrechnungen seitens der Ausbildungsbetriebe zu befürchten. (Beispiel: Erfahrungen mit der BGJ-Anrechnungsverordnung)

Antragsteller:

Norbert Vogelpohl (KV Coesfeld)
Rainer Michaelis (KV Coesfeld)
Lukas Schürkötter (KV Coesfeld)
Eckart Grundmann (KV Coesfeld)
Jens Christophel (KV Coesfeld)
Richard Dammann (KV Coesfeld)
Erich Prinz (KV Coesfeld)
Gertrud Welper (KV Borken)
Peter Schmitz (KV Coesfeld)
Uschi Bussmann (KV Coesfeld)
Wolfgang Skornitzke (KV Coesfeld)
Ruth Feldhaus-Hermes (KV Steinfurt)
Daniel Bücken (KV Steinfurt)
Werner Füll (KV Steinfurt)
Ferdinand Blanke (KV Steinfurt)
Helmut Fehr (KV Steinfurt)
Eberhard Knost (KV Coesfeld)